

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 183-2018
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2018.RRGR.547

Eingereicht am: 03.09.2018

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Josi (Wimmis, SVP) (Sprecher/in)
Knutti (Weissenburg, SVP)
Schlup (Schüpfen, SVP)
Zimmermann (Frutigen, SVP)
Wandfluh (Kandergrund, SVP)
Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)
Schwarz (Adelboden, EDU)
Schär (Schönried, FDP)
Egger (Frutigen, glp)
Graf (Interlaken, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 06.09.2018

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Grossratsentscheide sind korrekt umzusetzen

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Planungserklärung Brönnimann, die einen Stellenabbau von 3 Prozent in der Zentralverwaltung fordert, so umzusetzen, wie es vom Grossen Rat beschlossen wurde, und nicht wie vorgesehen auch in der dezentralen Verwaltung der JGK einzusparen.

Begründung:

Die Planungserklärung Brönnimann wird im Grundsatz nicht bestritten, und die Kürzung in der zentralen Verwaltung wird unterstützt. Die Grundbuchämter, Betreibungsämter und Regierungsstatthalterämter gehören jedoch nicht zur Zentralverwaltung.

Die Motion Knutti 036-2017 (Regierungsstatthalter und Grundbuchämter nicht weiter schwächen) wurde vom Grossen Rat deutlich angenommen (89 Ja-, 32 Nein-Stimmen, 22 Enthaltungen). Der Beschluss des Regierungsrates steht im Widerspruch zur klar angenommenen Motion. Von dem

in der JGK zusätzlich zum Entlastungspaket 2018 hinaus einzusparenden 18,2 Stellen sollen gemäss dem Vorschlag des Regierungsrats 14,1 Stellen in der dezentralen Verwaltung abgebaut werden.

Die dezentrale Verwaltung erledigt ihren gesetzlichen Auftrag insbesondere auf dem Land in relativ kleinen Einheiten. Sie führt ihre Arbeit in schlanken Strukturen effizient aus. Die Erbringung einer kompetenten Dienstleistung in der dezentralen Verwaltung ist für die Bürgerinnen und Bürger wichtig.

Insbesondere für die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter ist in neuen Gesetzen und in Gesetzesentwürfen vorgesehen, ihnen neue Aufgaben zuzuweisen. Die neue Aufgabenteilung steht im Widerspruch zum geplanten Stellenabbau. Zudem nehmen die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter wichtige Unterstützungsfunktionen in den Gemeinden wahr. Bei einer Reduktion könnte diese insbesondere für kleinstrukturierte Gemeinden wertvolle Unterstützung nicht mehr erbracht werden. In der Vergangenheit wurden den Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthaltern wichtige Aufgaben übertragen, ohne dass ihnen zusätzliche Ressourcen gesprochen worden sind. Von ihnen wird erwartet dass sie auch zukünftig rasch für Vermittlungsarbeiten des Kantons zur Verfügung stehen.

Der Regierungsrat hat entschieden, dass die Planungserklärung Brönnimann in der JGK auch in der dezentralen Verwaltung umgesetzt werden soll. Die betroffenen Ämter haben bis Ende September der JGK ihren Stellenabbau aufzuzeigen.

Die Behandlung der Motion über die vom Regierungsrat beschlossene Umsetzung des Stellenabbaus hat gleichzeitig mit der Budgetdebatte zu erfolgen.

Begründung der Dringlichkeit: Weil die Motion in direktem Zusammenhang mit der Budgetdebatte steht, wird Dringlichkeit verlangt.

Verteiler

- Grosser Rat